

Von Hamburg bis zum Mittelmeer

Der Landesausschuss der GEW für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus (LAMBDA) beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der ‚Rettungskette für Menschenrechte‘ am 18. September 2021

Vor zwei Jahren entstand diese Idee. Corona hatte die Aktion verzögert, aber am 18. September war es so weit: Eine symbolische Route der Menschlichkeit von Norddeutschland nach Italien zum Mittelmeer unter dem Motto „Rettungskette für Menschenrechte #Hand in Hand“ wurde gebildet mit dem Ziel: Wir wollen eine andere Flüchtlings- und Migrationspolitik, ohne Sterben im Mittelmeer, ohne Abschottung, keine Festung Europa, sondern ein solidarisches und friedliches Zusammenleben in Europa. Kurz vor der Bundestagswahl sollten der zukünftigen Regierung diese Ziele mit auf den Weg gegeben werden.

Über 280 örtliche Gruppen haben sich in Städten, Gemeinden und Dörfern zusammengeschlossen und ihre Solidarität gezeigt.

Es gab überall ein gutes lokales Medienecho auf die Rettungskette. Sogar Bischöfin Fehrs hatte im NDR zur Teilnahme aufgerufen.

Fast 1000 Menschen waren in Hamburg dem Aufruf „Hand in Hand für Menschenrechte“ gefolgt, auf Bundesebene und in Österreich und Italien waren es insgesamt 16.000. Durch Transparente, Plakate und Seile wurden die Abstandsregeln gewahrt.

Wir haben als GEW, ausgehend vom LAMBDA (Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus), die Rettungskette aktiv unterstützt:

- mit regelmäßiger Mitarbeit im norddeutschen Vorbereitungskreis
- mit einem Transparent zur Rettungskette in der Rotunde im

Curiohaus

- mit 15.000 Flugblättern, die wir zusammen mit dem Vorbereitungskreis für die norddeutsche Rettungskette auf vielen Veran-



staltungen ab ca. anderthalb Monate vor der Aktion und auf der Aktion selbst verteilt haben

- mit zwei Aufrufen im Newsletter

- mit einer Pressekonferenz am 14.9. im Curiohaus zusammen mit der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), Fridays For Future, Kirchenkreis Tonndorf, AG Flucht Solidarische Stadt und dem GEW-Vorsitzenden Sven Quiring

- und wir haben mit Kolleginnen des LAMBDA und dem Geschäftsführer der GEW am Tag der Rettungskette zwei der 10 Treffpunkte auf der Route in Wilhelmsburg organisatorisch koordiniert.

Ein breites Bündnis von ca. 30 Organisationen hatte in Hamburg zur Beteiligung aufgerufen und die Rettungskette am 18. September mitgestaltet. Zum Bündnis gehörten Seenotrettungsorganisationen wie Sea Watch, Sea Eye, SOS Mediterranee, antifaschistischen Organisationen wie VVN/BdA und

Omas gegen Rechts, Friedensinitiative gegen Rüstungsexporte, Gewerkschaften wie GEW und Ver.di-Friedensarbeitskreis, Flüchtlingsorganisationen wie Flüchtlingsrat und örtliche Flüchtlingsinitiativen, das Bündnis „Solidarische Stadt Hamburg“ und „Hamburg hat Platz“, Fridays for Future, kirchliche Organisationen wie Pro Asyl und Gemeinde Tonndorf, Menschenrechtsorganisationen wie Terre des Hommes sowie die Parteien Grüne und LINKE.

Dieses Bündnis hat deutlich gezeigt:

Friedensbewegung und Flüchtlingsolidarität gehören zusammen, denn Rüstungsproduktion schafft und nährt Kriege und die sind eine der Hauptfluchtursachen.

Klimaschutz, Klimagerechtigkeit und eine humane Flüchtlingspolitik gehören zusammen, denn die Umweltzerstörung und der Klimawandel entziehen Tausenden Menschen ihre Lebensgrundlage und bedrohen die Existenz der Erde. Inzwischen sind weltweit über 82 Millionen Menschen auf der Flucht, die höchste Zahl, die jemals vom UNHCR (internat. Organisation für Flüchtlingschutz) verzeichnet wurde.

Antifaschismus, Antirassismus, Demokratie und eine menschenwürdige Migrationspolitik gehören zusammen, denn nur humane Fluchtbedingungen und eine solidarische Aufnahme in Europa mit gleichen sozialen und demokratischen Rechten für die Geflüchteten können eine Welt ohne Abschottung, Ausgrenzung, Ausbeutung und

Hass schaffen. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind eine wesentliche Fluchtursache. Die Geschichte Deutschlands während der Nazizeit und der Nachkriegszeit zeigt, wie existenziell eine solidarische und demokratische Gesellschaft fürs Überleben und für ein friedliches Miteinander ist.

Menschenrechte, sichere Fluchtwege und humane Lebensbedingungen für Geflüchtete gehören zusammen. Das Sterben im Mittelmeer muss aufhören, Rettung darf nicht kriminalisiert werden. Die unmenschlichen Lager und Abschiebungen müssen abgeschafft werden. Lager sind kein Ort für Kinder, weder in Griechenland oder an anderen EU-Außengrenzen noch in den europäischen Ländern selbst. Auch nicht in Hamburg! Besonders für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, gute Lebensbedingungen zu haben. Sie müssen Platz zum Wohnen, Spielen und Lernen haben. Dies ist auch ein Gebot der UN-Kinderrechtskonvention, die Deutschland unterzeichnet hat.

Der Senat muss endlich handeln!

Das Bündnis „Solidarische Stadt Hamburg“ und „Hamburg hat Platz“, die die Rettungskette mitorganisiert haben, fordern seit langem, dass in Hamburg sofort mindestens 1000 Geflüchtete aus den Lagern am Rande Europas aufgenommen werden. Dies scheiterte an dem Veto des Außenministeriums, so die Begründung des Senats für sein Nichtstun. Wir sagen: Die Blockade des Innenministeriums gegenüber den über 200 Gemeinden und Städten in Deutschland, die sich zu „sicheren Häfen“ erklärt haben und Geflüchtete aufnehmen möchten, muss endlich aufgegeben werden! Die rechtlichen Voraussetzungen in den Städten, selbstständig Landesaufnahmeprogramme auflegen zu können, muss geschaffen werden. Hier muss Hamburg vorangehen!

Besonders die Entwicklung in Afghanistan zeigt deutlich, wie Fluchtursachen entstehen und wie schnell Menschen keine andere Wahl mehr haben, als ihr Land zu verlassen. In Ham-

burg lebt die größte afghanische Community in Deutschland. Hamburg ist besonders in der Pflicht, sich aktiv für die Ausreise der von den neuen Machthabern Bedrohten einzusetzen. Der Gewerkschaftstag der GEW am Weltkindertag hat dies in seiner Entschließung deutlich gemacht. Wenn jetzt Hamburg von einer unbürokratischen Hilfe für 250 Menschen aus Afghanistan spricht, ist das ein guter Anfang, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein!

Die Bundesorganisation der Rettungskette sowie die beteiligten Städte in Italien und Österreich wollen den 18. September zum Auftakt nehmen und weiterhin in Form einer Menschenkette für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik kämpfen. Ob und wie wir mitmachen, ist noch in der Diskussion.

KARIN HAAS
LAMBDA (Landesausschuss
für Migration, Bleiberecht,
Diversität und Antirassismus)



Foto: LAMBDA GEW